

V2

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: GJ Bielefeld (dort beschlossen am: 24.04.2025)

Titel: Gleichberechtigung heißt Gleichberechtigung!

Antragstext

1 Seit Jahrzehnten wird für Gleichberechtigung gekämpft, und es gab Fortschritte,
2 aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Während sich die Gender-Pay-Gap nur
3 kriechend schließt, steigt im Gegenzug die Gewalt an Frauen rasant an. Das
4 Patriarchat ist immer noch allgegenwärtig, an jedem Tag, in jedem Produkt, in
5 jeder Struktur und auch in der Wahl eines Kanzlers, der in der Vergangenheit
6 gegen die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe stimmte.

7 Wir müssen uns dafür einsetzen, dass Politik feministischer wird. Mehr
8 Sichtbarkeit, mehr Gelder, mehr Priorität!

9 **Ungleiche Bezahlung muss beendet werden!**

10 Trotz minimaler Verbesserungen in den letzten Jahren schließt sich die Gender-
11 Pay-Gap viel zu langsam. Ihre bloße Existenz ist politisch und gesellschaftlich
12 nicht hinnehmbar. Noch dramatischer ist die Lage bei der Care-Arbeit. Erziehung,
13 Haushalt, Pflege: Bei all dem, was Gesellschaft, Familie und Privatleben
14 organisiert, arbeiten Patriarchat und Kapitalismus Hand in Hand, um die Arbeit
15 von Frauen weitestgehend unbezahlt auszubeuten. Sobald eine Frau ein Kind hat,
16 sinkt ihr erwartbares finanzielles Einkommen um über 50% gegenüber dem
17 männlichen Durchschnitt. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Frauen immer noch
18 44% mehr unbezahlte Care-Arbeit leisten als Männer. Diese Ungleichheit muss
19 beseitigt werden, damit jede Person die gleichen, auch finanziellen,
20 Entfaltungsmöglichkeiten in ihrem Leben hat.

21 Wir fordern: Jede arbeitende Person sollte das Recht auf einen umfassenden
22 Auskunftsanspruch haben, um Löhne transparent und vergleichbar zu machen. Bei

23 Qualität und Menge des Betreuungs- und Pflegeangebots darf nicht gespart werden!
24 Personen, die nach der Elternzeit in den Beruf zurückkehren, müssen umfassende
25 Unterstützung erhalten, um in gleicher Position wieder einzusteigen.

26 **Gewalt an Frauen muss ein Ende gesetzt werden!**

27 Fast jeden Tag findet in Deutschland ein Femizid statt. 2023 wurden 938 Femizide
28 versucht. 360 davon endeten tödlich. Fälle von sexualisierter Gewalt gegen
29 Frauen und Mädchen stiegen um 6,2%. Politisch Frauenfeindliche Straftaten
30 stiegen um 65,3%, digitale Gewalt gegen Frauen und Mädchen stieg um 25%.

31 Diese Zahlen sollten mehr als nur besorgniserregend sein. Doch trotz des Trends
32 ist Gewalt an Frauen in der öffentlichen Debatte maximal ein Randthema. Auch bei
33 der Aufklärung von Taten zeigt sich häufig folgendes Muster: Die Opfer sehen
34 sich unter hohem Rechtfertigungsdruck ("Was hattest du an?"), mit Tätern wird
35 hingegen sympathisiert, Drohungen werden nicht ernst genommen.

36 Wir fordern: Gewalt an Frauen muss endlich politisch bekämpft werden!
37 Beratungsstellen, Schutzräume und Frauenhäuser müssen massiv ausgebaut werden
38 und für jede schutzsuchende Frau zugänglich sein, das inkludiert auch Trans*
39 Personen sowie geflüchtete Frauen. Bei bekannter Bedrohung muss entschlossen
40 gehandelt werden, z.B. über Fußfesseln. Frauen dürfen nicht weiter sterben, nur
41 weil die Bedrohung nicht ernst genommen wird! Frauen dürfen nicht getötet
42 werden, nur weil sie Frauen sind!

43 **Gesundheitspolitik ist nicht nur für cis-Männer da!**

44 Nicht nur das direkte Verhalten gegenüber FINTA* Personen ist patriarchal
45 geprägt, auch in Gesundheitsrelevanten Bereichen werden sie nicht annähernd
46 ausreichend miteinbezogen. Medikamente, und Sicherheitsstandards, wie z.B. in
47 Autos, sind überwiegend auf cis-Männer zugeschnitten. FINTA* Personen haben
48 dadurch ein signifikant erhöhtes Risiko an Nebenwirkungen zu leiden oder
49 Verletzungen zu haben.

50 Wir fordern: Ende mit patriarchaler Ignoranz! Tests und Studien müssen quotiert
51 werden, sowie auf die Individualität von Körpern eingehen. In Zuge dessen müssen
52 außerdem Prüfungsrichtlinien verschärft und das Personal weiter geschult werden.

53 **Trans* Personen als Zielscheibe rechter Politik!**

54 Im patriarchalen System, werden trans* Personen systematisch entmenschlicht,

55 diskriminiert oder erfahren psychische und physische Gewalt. Vor allem poc
56 Transfrauen sind besonders von körperlicher und sexualisierter Gewalt betroffen.

57 Wir leben in einem System, indem Machtpositionen in verschiedensten
58 Institutionen hauptsächlich von cis-Männern besetzt sind. Trans* Personen
59 erfahren gesetzlich, sozial und gesellschaftlich Gatekeeping und
60 Einschränkungen. Beispielsweise beim Zugang zu Hormontherapien,
61 Namensänderungen, Zugang zu Gender Affirming Care/Surgery oder bei der Jobsuche.
62 Trans* Personen werden oft bei Ärzt*innen, im Bürgeramt oder in der Gesellschaft
63 erniedrigt und müssen beweisen, dass sie genug ihr Gender sind.

64 Dieses System führt dazu, dass trans* Personen diskriminiert werden, Gewalt
65 erleben. Trans* Personen sind besonders anfällig für psychische Krankheiten, wie
66 unter Anderem Depressionen. Unter trans* Personen ist die Suizidrate besonders
67 hoch. Sie erleben oft den Ausschluss aus dem Familien- und/oder Freundeskreis,
68 werden von der Gesellschaft aufgestoßen oder ihnen wird ihre Existenz
69 abgesprochen.

70 Wir fordern: Das Selbstbestimmungsgesetz war ein wichtiger Schritt, aber es
71 benötigt noch mehr! Gender Affirming Care/Surgery muss für Transfrauen ohne
72 Hürden oder Hindernisse erreichbar sein. Queerfeindliche Gewalt muss endlich
73 konsequent verfolgt und bestraft werden, egal ob im Internet oder im echten
74 Leben. Queere Spaces müssen flächendeckend verfügbar und geschützt sein.
75 Therapiezugänge müssen ausgeweitet werden. Keine trans* Person sollte unter
76 Unterdrückung leiden!